

# WOMMENSTREIF

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelpreis 10 Mark  
Mittwoch, den 15. November 1922  
2. Jahrgang, Nr. 268

## Rugeln statt Brot!

Blutbäder in Düsseldorf und Köln — Der Generalfstreik in Düsseldorf von den freigewerkschaftlichen Betriebsräten beschlossen — Völgelhege des „Vorwärts“ — Die Regierung Wirth zurückgetreten — Errichtung der reinen Sinnesdiktatur

(Eigener Drahtbericht)

Düsseldorf, 14. November.  
Während es Montag nachmittags und abends zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen Schupo und den auf Straßen und Plätzen streikenden Arbeitern kam, gab es heute morgen zwischen 10 und 11 Uhr ein ungeheures Blutbad. Der am Samstag durch den oppositionellen Betriebsrat heute zu einer Streikversammlung nach der Zehnhalbe auferlegten. Zehntausende streikten den Rheinland und die Galerien. Kaum hatte ein Arbeiter das Wort ergriffen, kümmerte Unkos voll Schupo heren und mit blauer Waffe, Gewehrknüppeln und Messern hieben sie die wildgewordenen Wölkchen in die Menge. In wilder Flucht kümmerte alles durch Türen und Fenster auf die Straße. Die auf den Galerien Versammelten konnten wegen der Überwucherung nicht herunter. Die Schupo schoß nach oben. Viele Arbeiter kletterten zu den Fenstern heraus und sprangen auf die Straße, wobei sie verächtliche Wehrbeweise erließen. Etwa 20 Verwundete und 100 Verhaftete sind zu verzeichnen. Die Lage ist noch nicht zu übersehen. Der Streik in Düsseldorf ist vollkommen. Zugleich findet bereits eine Kollektionsaktion der freigewerkschaftlichen Betriebsräte über die zu unternehmenden Schritte statt.

### Der Generalfstreik beschlossen

(Eigener Drahtbericht)

Düsseldorf, 14. November.  
Als Antwort auf das am Vormittag des 14. November von der Schupo anerkannte Blutbad hat die Arbeiterkommission der freigewerkschaftlichen Betriebsräte und des Gewerkschaftsverbandes folgenden Beschlüssen:  
Die spontan ausgebrochene Streikbewegung wird durch die Gewerkschaften anerkannt und in die Hand genommen werden.  
Es wird der sofortige Generalfstreik beschlossen für Düsseldorf und Umgebung.  
Der Beschluß wird gegen eine Stimme angenommen.  
Der Antrag eines Gentlemen aus Enderung eines Reichsbetriebsrat der Kongress durch den Völgel wurde mit allen Stimmen angenommen. Die Reichsbetriebsrat der Kommunistischen Partei für die Reichsbetriebsrat sollen von der Völgel unterstützt und durchgeführt werden. In diesem Augenblick lagen die Gewerkschaftsvorstände, um die Einzelheiten der Durchführung des Generalfstreiks zu beschließen.  
Es ist festgestellt worden, daß viele Hunderttausende Schupo nach Düsseldorf gekommen sind. Es sind Hunderttausende, die im Jahre 1921 bei der Niederschlagung des mittelständigen Aufstandes beteiligt waren.  
Wie jetzt liegen Meldungen von über 20 Schmerzeleiden vor. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht zu übersehen. Die offizielle Befähigung über die Zahl der Toten liegt noch aus.

Die gemeine Hege der gesamten antikommunistischen Presse hat die Arbeiter der verschiedenen Abteilungen in Düsseldorf nur noch fester zusammengeknüpft. Über die Ursachen des Streiks in Düsseldorf haben wir bereits gestern berichtet. Die Ursachen des Streiks waren Lohnzahlungen der vergangenen Woche. Die Unternehmer hatten nämlich eine Vorzahlung wieder abgezogen. Die Sinnespresse änderte sofort von kommunistischen Arbeitern, von Hindernissen usw. um ein Eingreifen der bewaffneten Macht zu erreichen. Es ist bezeichnend, daß sich auch der „Vorwärts“ losort der Hege der Schupo-Unterstützer anschloß. Er late, daß die Lohnpolitik der Unternehmer keineswegs rigoros sei, weil sie nach wie vor erlenden Volumen nicht noch viel größere Abzüge machten, zu denen sie „berechtigt“ wären. Wirklich schrieb er gestern irrt: „In Wirklichkeit haben unverschämte Lohmwirer eine und landwirtschaftliche Einkünfte hinter dem ganzen Streik.“ Es handelt sich in Düsseldorf um keinen anderen Streik. Wohl ist die Bewegung infolge der Produktion der Schwerindustrie Sinnes. Tausen und Konkrete Spontan ausgebrochen. Aber die Gewerkschaften und die freigewerkschaftlichen Betriebsräte zentrale haben sich sofort der Bewegung angenommen und den Streik anerkannt. Der Generalfstreik wurde von den freigewerkschaftlichen Betriebsräteversammlung und vom Gewerkschaftsverband für Düsseldorf und Umgebung beschlossen. Die Gewerkschaftsvorstände haben die Führung übernommen und führen den Streik durch. Das alles geniert den „Vorwärts“ nicht, in dem Sinne und der Richtung zu werten, die durch den Hunger zur Rebellion getriebenen Arbeiter blutig niederschlagen. Schon sind zwei Hunderttausende, die unter Föhrungs Kommando im März 1921 ihre bis heute ungehörigen Greuel und Mordtaten vertriehen. In Düsseldorf dabei, den Kampf der Arbeiter gegen Hunger, Elend und Unterdrückung in Straßen von Blut zu erhitzen!

Die Blutbäder in Köln und Düsseldorf müssen die gesamte Arbeiterkraft auf den Plan rufen. Ihre Solidarität muß darin bestehen, daß sie überall die Anerkennung der Kontrollausschüsse durch die Behörden, ihre Ausstattung mit notwendigen Rechten erzwingt. Nur wenn die Arbeiterkraft in die Lage versetzt wird, die Lebensmittellieferung und

die Preisbildung selbst zu führen und zu überwachen, können neue Verwirklichungsaktionen verhindert werden.  
Von der Regierung, der Sachwalterin des Kapitals, ist in diesem Kampf der härteste Widerstand zu erwarten. Die Aktion der Gewerkschaften und Vertreter der Betriebsräte, Reichsbetriebsrat des Proletariats werden. Der Jubiläumstag des Reichsbetriebsratkongresses wird immer dringender. Es handelt sich nicht um Leben oder Sterben der Arbeiterklasse, kein Tag darf mehr ungenutzt verlaufen gehen, der Betriebsratkongress muß durch internationale Arbeit aller kämpfenden Arbeiter vorbereitet werden.

### Die Lügen der bürgerlichen Presse

Der Streik dehnt sich aus

(Eigener Drahtbericht)

Düsseldorf, 15. November.  
Nachdem von der Betriebsratversammlung der Generalstreik ausgerufen war, fand nachmittags eine isolierte Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und Vertreter der Betriebsräte, Reichsbetriebsrat und Streikkommissionen statt. In dieser Sitzung lehnten die Gewerkschaftsvorstände den Generalstreik ab, doch beschlossen sie, den Streik in bisserigen Umfang anzuhalten und den Streik durch die Gewerkschaften weiterzuführen zu lassen. In einem Aufruf an die Streikenden, der heute morgen verteilt wird, werden die Streikenden im Kampf anzugreifen, aber vor dem Streikenden nicht auf die ankommende Schupo geschossen werden. Wir sind aber in der Lage, Hunderte von Augenzeugen zu bringen, daß die Schupo zuerst in die Menge hineingeknöpft und geschossen hat. Die zweite Woge ist, daß zu der Versammlung keine Genehmigung bekommen werden ist. Trotzdem ist, daß die Reichsbetriebsrat die Versammlung genehmigt hat und daß der sozialdemokratische Reichsbetriebsratpräsident G. Kühner den Versuch um Einreden der Schupo gehen hat. Er bedrückt die Handlungsweise der Schupo und hat bekanntgegeben, daß Versammlungen unter seinen Umständen stattfinden dürfen. Diese Handlungsweise des Herrn Kühner hat im Arbeiterkampf zu der Bestätigung. Während ist die Reichsbetriebsrat: Wenn die Reichsbetriebsrat eine Versammlung genehmigt, dann brauchen wir bei seiner deutschen Verbände um Genehmigung nachzugehen. Kühner hat kein Recht, die Versammlung zu verbieten. Die volle Verantwortung für das Blutbad trägt einzig und allein der Sozialdemokrat Kühner und seine Partei.

Die bürgerliche Presse verbreitet über die Vorgänge sehr viel falsche Meldungen. Erleichterung ist bei den Schizophrenen kein Fehler zu verzeichnen. Es ist nicht wahr, daß aus der Versammlung der Schupo geschossen worden ist. Wir sind aber in der Lage, Hunderte von Augenzeugen zu bringen, daß die Schupo zuerst in die Menge hineingeknöpft und geschossen hat. Die zweite Woge ist, daß zu der Versammlung keine Genehmigung bekommen werden ist. Trotzdem ist, daß die Reichsbetriebsrat die Versammlung genehmigt hat und daß der sozialdemokratische Reichsbetriebsratpräsident G. Kühner den Versuch um Einreden der Schupo gehen hat. Er bedrückt die Handlungsweise der Schupo und hat bekanntgegeben, daß Versammlungen unter seinen Umständen stattfinden dürfen. Diese Handlungsweise des Herrn Kühner hat im Arbeiterkampf zu der Bestätigung. Während ist die Reichsbetriebsrat: Wenn die Reichsbetriebsrat eine Versammlung genehmigt, dann brauchen wir bei seiner deutschen Verbände um Genehmigung nachzugehen. Kühner hat kein Recht, die Versammlung zu verbieten. Die volle Verantwortung für das Blutbad trägt einzig und allein der Sozialdemokrat Kühner und seine Partei.  
Wie die Schwindelmeldungen fabriziert werden, geht daraus hervor, daß die „D. A. Z.“ das Sinnesblatt, sich aus Düsseldorf melden läßt, die Kommunisten hätten nicht weniger als 7 Hunderttausend aufgestellt, um aufzuziehen und die Betriebe zu überfallen. Es hat glatter Schwindel. Bei uns gibt es keine Hunderttausenden. Dort fanden Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister und den Unternehmern statt. Die Unternehmer verlangten, daß die Gewerkschaften erklären, daß sie mit dem Streik nichts zu tun hätten. Diese Erklärung wurde abgelehnt. Die Verhandlungen mußten abgebrochen werden. Es scheint, als ob die Unternehmer mit aller Gewalt die Arbeiter herausfordern wollen. Die Streikenden werden jedoch nicht zu Kreuzen stehen, sondern ausstehen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. In Düsseldorf ruhen fast sämtliche Betriebe. Die Schupo verhält sich nach wie vor provokierend. Auch gestern nachmittags kam es an zwei Stellen der Stadt zu Schieberien. Der Streik hat sich auch auf andere Städte und andere Orte ausgedehnt. Wie oben bereits gemeldet wird, sind die Schupo in Düsseldorf wegen Verhinderung von drei Betriebsräten in den Streik getreten.

### Massenverhaftungen in Düsseldorf

14. November.

Als Opfer des bereits gemeldeten Aufstandes haben die Lohnarbeiter bisher nur Teile festgenommen. Die aufgezogene Menge schickte bei dem Vorgehen die Schupo in die benachbarten Gärten und Häuser und von hier auf die Dächer, die später zu überfüllt waren, daß Personen von den Dächern stürzten und sich dadurch Verletzungen zuzogen. Eine große Anzahl von Adelsbürgern wurde verhaftet und fortgeführt.

### Neue Preiserhöhungen

15. November.

Der Stahlverband hat die Preise für Ballweiser-Erzeugnisse wiederum erhöht. Damit steigen die Preise für Eisenblech um das 2000fache der Marktpreisliste. Die Wöhr in der Eisen- und Stahlindustrie sind um den sechsten Teil gestiegen. Die Kohlenindustrie haben beschlossen, die Preise der Kohlen auf über das 1000fache der Marktpreisliste zu erhöhen.

## Außen- und innenpolitische Auswirkungen des Sinnes-Sieges

Der Sieg der Sinneskoalition trägt, noch bevor er sich in dem kommenden Kabinett formell ausgesprochen hat, schon jetzt außen- und innenpolitische Früchte. Das Kabinett Wirth, das selbst in seinem Demissionenstande nur noch von Sinnes Gnaden existiert, hat eine neue Note an die Reparationskommission geschickt. In der es neue Forderungen macht. Bezüglich der von denen in der vorigen Note abgemachten. Statt sich bisher, auf die Gutachten der internationalen Finanzämterberühmten zu stützen, läßt sich die neue Note jetzt im wesentlichen auf die Rede, die Sinnes im Reichsbetriebsrat gehalten und die der „Vorwärts“ so wütend angegriffen hat. Nach dem „Metall-Anzeiger“ vertritt die Regierung in ihrer neuen Note Steigerung der Produktion, Ersparnisse im Beamtenkörper und Aufnahme einer inneren Anleihe. Dafür soll das Reparationsproblem endgültig geregelt, auf alle Fälle aber ein drei- bis vierjähriges Moratorium gewährt werden. In der Zeit des Moratoriums sollen die Zahlungen fortgesetzt werden, soweit sie ihre Kosten durch innere Anleihen aufbringen lassen. Die Reichsbank verpflichtet sich, bis zu einem Betrage von 500 Millionen Geldmarkt an der Stabilisierung der Mark im Verein mit einem internationalen Finanzamt mitzumachen. Außerdem wird die Reichsbank verpflichtet für Darlehen verlangt.  
Steigerung der Produktion, Reduktion von Staatsarbeitern und Beamten, Fortsetzung der Zahlungen und Weistiegung; das sind die Kernpunkte des Sinnesprogramms seit mehr denn einem Jahr. Das sind die Forderungen, die Sinnes noch in seiner Rede in seiner Rede im Reichsbetriebsrat ausgesprochen hat. Die Wirth-Regierung hat das Sinnesprogramm prinzipiell angenommen. Kein Zweifel, daß Sinnes, wenn er jetzt den 1. Juni-bertrag, den Wirth vordem die Zahlungen und die Reichsbank verpflichtet für das Schwermetall erhält, mit der von ihm bisher bestimmten Verpufferung des Reichsbankgeldes einverstanden ist. Denn jetzt bedeutet das internationale Finanzamt, an dem die Reichsbank sich beteiligt, nur noch die Finanzierung des großen, internationalen Vertriebsgeschäfts, die Auslieferung der deutschen Produktionsmittel an das internationale Kapital, ein Geschäft, dessen Seele der patriotische Sinnes ja stets gemein ist.

Die Sozialdemokratie, deren „Vorwärts“ noch am Sonntag die Reichsbankführung des Herrn Sinnes mit Recht als die größte Gefahr für das Proletariat bezeichnet hat, weil mit ihr Arbeitslosigkeit, Krise und noch größeres Elend als bisher verbunden ist, ohne daß darum die Mark für die Arbeiter sich bessert, läßt jetzt nur neuen Note der Regierung. Sie ist mit ihr einverstanden. Denn Sinnes und die Reparationsnote der Regierung tun nichts anderes, als daß sie die programmatische Forderung der sozialdemokratischen Reichsbankführung auf Maximalbefähigung in die Wirklichkeit überführt, wie sie nach dem Siege des Hugo Sinnes über die deutsche Arbeiterkraft allein Wirklichkeit werden kann, auf Kosten der arbeitenden Massen.  
Inwieweit deckt sich der Sinnesplan in noch stärkerer Unterdrückung des Proletariats aus. Es ist nicht zufällig, daß Geniering in der Fraktionsführung der SPD, der hauptstädtliche Wortführer für die Sinneskoalition gewesen ist. Geniering ist der Innenminister der Großen Koalition in Preußen. Seine Organe schenken die Organe. Sein sozialdemokratischer Parteipräsident Richter hat die Julius-Fuß-Berufung der Berliner Organe erlaubt. Sein demokratischer Oberregierungsrat Weiß von der Spitzabteilung des Berliner Polizeipräsidiums löst den monarchohischen Verhörmörder Koffsch auf und Herr Geniering höchstselbst entscheidet sich demütig vor seinen Sinnesinstanzen, daß er selber, lieber, nichtigt eingewogen ist, ein paar Geheimräter des Reichsbanks aufzulösen.

Dafür ist Geniering als Sinnesmann um so energischer nicht nur gegen Kommunisten, sondern gegen die Arbeiter, die sich gegen Hunger und Elend auflehnen. Der Redakteur der „Roten Fahne“, Genosse Eickind, wird erbaumungslos ausgemienet. Für den Sozialdemokraten Geniering ist er lästiger Ausländer, während Kautsky, Stämpfer und Hilberding, obwohl sie Sozialdemokraten und Ausländer waren, unter Wilhelm's Regime jahrzehntlang in Deutschland leben und politisch tätig sein konnten. Genosse Ernst Krafft in Breslau wird von Seewerings Beamten ebenfalls des Gefängnis schick. Herr Seewering weiß, was es seinen Auftragsgeber schuldig ist.  
In Düsseldorf, in Köln streiken die Arbeiter und verlangen Kontrollauschüsse, weil die Regierungsbureau unfähig sind, der Teuerung zu wehren und weil das Internerium nicht daran denkt, die Wöhr zu erhöhen. Was tut der Sozialdemokrat Geniering? Hilft er den Arbeitern gegen Hunger und Internerierter? Im Gegenteil, er hilft dem Internerium mit seinen Polizeigewalt gegen die Arbeiter. Die sozialdemokratischen SPD-Führer sind mehr Polizei voller Bebauern, die die Entente den Zugang von Verhörführungen der Schupo nach Düsseldorf bisher verhindert hatte. Der „Vorwärts“, das Regierungsbüro der Sinneskoalition neben der „DZ“, drückt diesen Vorkehr nach dem maffineren Hilfe für die Bourgeoisie ab, ohne ein Wort des Tadel gegen seinen Parteigenossen Geniering und seine Schupooffiziere. Dafür bringt er kein Wort von dem Beschluß der obersten Gewerkschaften, die die Bekämpfung der Arbeiterkraft gegen

# Die Hausknechts-Geschäftsordnung im Reichstag

(Eigener Bericht)

**Berlin, 14. November.**  
In seiner Dienststufung begann der Reichstag die Geschäftsordnung über seine neue Hausknechts-Geschäftsordnung, abgesehen von der dem Genossen Koenen verlangt wurde, die Sitzung so lange zu verzögern, bis die Regierung bereit sei, über die politische Lage, ihre Stellung zur Vorbereitung der Volksmassen und ganz besonders zu den Volkskommissionen in Düsseldorf, wo Schindler, gegen Vorhanden Arbeit vorging, Rede und Antwort zu liefern. Der Antrag wurde gegen die Stimmen anderer Partei sowie der beiden Reichspräsidenten abgelehnt. Abg. Schmidt-Schöten (Soz.) als Berichterstatter und Präsident Vöbe (Soz.) erklärten die Sympathie ihrer Freunde für Beschränkung der Redezeit.

Ungeachtet gab es eine Anteil über das wahre Wesen und über den wahren Wert des parlamentarischen Systems ab, als er sagte: Das Volk betrachtet das Parlament als eine Mühle, die mit unheimlichem Geräusch huppert, aber wenig Mehl gibt. Graf (An. Sp.) fordert mehr Machtbefugnisse für den Präsidenten und eine militärische Parlamentswache zur Wahrung der Würde des Parlamentes, die oppositionellen, also kommunistischen Abgeordneten, in Köln hatten sich.

Ein von neuem erneuert geheimer Verhandlungstag wird abernachmals abgelehnt. Hierauf sprach Genosse Eickhorn: Es ist bezeichnend für diesen Reichstag, daß er sich in einer Zeit, wo draußen die Not des Volkes zum Himmel schreit, seinen Kopf darüber gerührt, auf welche Art er möglichst geduldslos seinen Volksbetrieb betreiben will. Es ist bezeichnend, daß dieser Reichstag nicht den Mut findet, die Regierung anzuhaken, sich zu äußern über die Vorgänge in Düsseldorf, wo die Stumpen unter freilebenden Arbeitern ein Unheil anrichtete, und anderen Großstädten, wie Köln, Hannover, Berlin, wo es zu Hungerkrawallen gekommen ist. Unmöglich, dieses Verhalten des Reichstages kann es niemand mehr wundern, daß die Achtung vor ihm im Volke stark gesunken ist. Der Entwurf einer neuen Geschäftsordnung ist eine Verengung der Minoritäten.

## (U.) Köln, 14. November.

Der gestrige Montagabend brachte wiederum in Köln Teuerungsnachrichten. Zu blutigen Zusammenstößen kam es in Köln, Ehrenfeld, wo sich der anfänglich keine Tausend zu einem sehr gefährlichen Kampf anschloß, weil die Menge sich angriffend gegen die Polizei wandte und sie mit Steinen bewarf. Die Beamten ließen sich schließlich gezwungen, mit den blanken Köpfen vorzugehen und mußten sich ihre Angreifer schließlich gegen die Schwärze zum Weichen lassen. Dabei wurden zwei Mann durch Schüsse an den Beinen verletzt, doch sind die Betroffenen von ihren Genossen mitgeklappt worden. Weiterhin sind etwa 10 Personen durch Schüsse verletzt worden.

Die Meldung der Agentur der Schmeiderbühne zeigt, daß der Fescht Döhlens, die Arbeiter mit Wasserfontänen und Schlägen, von den Organen einer Regierung, in der Sozialdemokraten und Mitglieder des DGB, ihren mit rassistischer Brutalität in die Tat umgesetzt wird. Die Polizei schließt in Köln, verbotene Streikverhandlungen in Düsseldorf, sehr in Düsseldorf, Garmisch, Siegen, Gladbach gegen Bergwerke, Hungerstreik, mit Wasser gewandt vor. Die Regierung trifft keine Maßnahmen, den Wucher einzudämmen, die Revolutionen der Unternehmer zu verhindern. Sie kennt nur ein Mittel: Regeln statt Brot!

## Die Lügenheze des "Vorwärts"

Der "Vorwärts" schreibt in seiner Dienststufennummer zu dem Düsseldorf-Streit: Gest sagt, daß der Kommunismus fröhlich hervortritt an der Propagierung des Streits beteiligt ist. Dazu ist folgendes festzustellen: Genosse Frölich kam am Abend des Sonnabends, den 11. November, als die Betriebe bereits im Streik waren, nach Düsseldorf, um in einer Mitgliederversammlung der SPD, über die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Streiks abzuhandeln. Wegen der verhängten Lage in der Metallindustrie, von der Genosse Frölich erst in Düsseldorf erst nach der Sitzung abging, und Genoss Frölich danach nur fünf Minuten in der Debatte, um der verhängenen Mitteilung über die Gewinne in der Eisenindustrie machte. Die Vermählung wurde rasch zu Ende geführt und die Teilnehmer gingen zur Demonstration. Da alles ruhig verlief, reiste Genosse Frölich mit dem Mittagzug nach Berlin zurück. Darauf beruht die faulstübe Lüge des "Vorwärts".

In derselben Nummer schreibt der "Vorwärts" über die Kölner Vorgänge folgendes:

"Die Kommunisten hatten für den Abend Veranlassungen einberufen, die von den Behörden verboten wurden. Abgesehen davon wollten die Kommunisten dieses Verbot nicht respektiert erhalten haben, obwohl allen Kölner Zeitungen schon in den Vorkommnissen eine Mitteilung über das Verbot gegeben wurde. Das kommunistische Organ erschien am Montag mit der Aufforderung: 'Müssen heraus!' Gegen 7 Uhr abends kam es zu großen Massenankünften, in deren Verlauf die Schaulustigen vertrieben wurden, um die Arbeiter selbst zu veranlassen. Die Stimmung unter den Arbeitern ist hier folgende: Infolge der jetzt schreienden Teuerung liegt erregt, aber es kann nicht verneinigt werden, daß die Kommunisten in unvernünftiger Weise die Massen aufhaken. Schon in sozialdemokratischen Versammlungen am Sonntag erregten sie, sie seien entschlossen, 'Scheiß in die Sache hineinzubringen'. Ihr Entschluß, die Massen unter allen Umständen auf die Straße zu bringen, hat leider einen sehr trügerischen Erfolg gehabt."

Der "Vorwärts" übertrifft mit seinen Lügenhezen gegen die Kommunisten die bürgerliche Presse. In der "Neuen Berliner Zeitung" schreibt ein Bürgerlicher Erhard Reiner, folgendes: "Während man in den Fraktionszimmern des Reichstages über die Zusammenlegung eines Kabinetts herumspricht, das für die nächste Zeit Deutschlands Geschichte lenken soll, finden in einer ganzen Reihe von Städten Hungerkrawalle statt. An ihrem Heftigsten sind zu sehen, daß die hier eifrig planlos entworfenen, teilsfalls alle Weltöffentlichkeit, sondern vielmehr, tiefer brennender Not entspringen."

Dieses ganz unbelangende Urteil trifft das Richtige. Es ist die unertügelige Not, die die Hungernden zu den Verweisselungen treibt. Die Großindustrie provoziert, die Polizei richtet vor. Inzwischen nach dem anderen an. Arbeiter, die von ihnen verdrängt und Streikverhandlungen einberufen werden mit Wasserfontänen abgetrieben und maffriert."

## Kommunistische Ausländer sind vogelzrei

Unter dem Titel: "Ausweisung kommunistischer Redakteure" meldet die Dena: Der Redakteur Frölich von der Berliner "Neuen Freiheit" ist nunmehr nach Köln abgegangen. In der "Neuen Freiheit" wurde der Redakteur der "Schleichen Arbeiterzeitung", Kraft, verhaftet und soll ebenfalls ausgewiesen werden. In Bremen hat das gleiche Schicksal den Redakteur Heinz Müller des "Rothweißdeutschen Echo".

In Zukunft sollen auch alle kleinen Anfragen 30 Unterschriften tragen. Die Rückgeber der kleinen Anfragen waren bisher die früheren größten Feinde dieser Einrichtung, die Deutschnationalen. Sie werden auch in Zukunft so viele Anfragen stellen, wie sie wollen, da sie die notwendige Unterschriften haben. Die Beschränkung kann sich mithin nur gegen die Kommunisten wenden, wie sich der ganze Entwurf beim näheren Zusehen als ein Ausnahmemaß gegen die Kommunisten entpuppt.

Standards sind die Bestimmungen, die die Redefreiheit der Abgeordneten beschränken, und eine sogenannte Ordnungspolizei vorzusehen. Niemand zeigt sich besser als hier die Tendenz zur Einschränkung jeder Opposition im Parlament. Am rigorossten doch sind die Bestimmungen, wonach einzelne Abgeordnete nach dem Ermessen des Präsidiums aus der Sitzung ausgeschlossen werden können.

und im Wiederholungsfall auf die Dauer von 20 Tagen zur Sitzung nicht mehr zugelassen werden sollen. Die Demokraten haben den Vorschlag auf 42 Tage herabgesetzt. Die Sozialdemokratie war zwar in der Anzahl der Strattage befriedigender, aber sie ist im übrigen noch demütigter und beschränkender; denn sie verlangt von dem herausgeworbenen Abgeordneten, er solle ein reumütiges Bekenntnis abgeben und Abbitte leisten. Man beruft sich auf diesen Forderungen auf die "Würde des Hauses". Das ist den Parteien die sich um die Würde des Hauses bemühen, selbsteigen, gar nicht darauf ankommt, sie auch einmal großartig zeigen, das haben wir erlebt, als dem ermordeten Genossen Karl Liebknecht gelegentlich eine Rede gegen den Kriegswahnsinn das Manifest von der Rednertribüne genommen und er mit Gewalt an Sprechen verhindert wurde. Der Feind, der sich hierbei ganz besonders abzeichnet, war der Demokrat Müllers-Drillingen. Der Arbeiterstich wird es nicht herbei lassen, dieses durchsichtige Manöver richtig einzusehen: die Große Koalition will ihre Geschäfte im Sinne des Großkapitals ungehindert parlamentarisch durchführen.

Die Erklärung der Regierung als ersten Schritt auf die morgige Tagesordnung ist nicht gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Das sozialdemokratische Innenministerium bringt in die Verhandlung der kommunistischen Ausländer. Nachdem der Chefredakteur der "Neuen Freiheit", Genosse Frölich, in Köln rechtlich im Polizeipräsidium gefangen gehalten wurde, ließ man ihn frei, nur unter der Bedingung, daß er binnen einer Woche Deutschland verläßt. Und das soll sein Ziel, wo der tschechische Staatsbürger Hillel auf dem deutschen Boden Raststätten haben gegen den Bestand der demokratischen Republik organisiert, ohne irgend eine deutsche Regierung auch nur daran denkt, gegen ihn einzuschreiten.

## 1000 Milliarden M. für Brotgetreide-Einfuhr

Infolge der Sabotage der Getreideumlage durch die Nazifaschisten wird heute Nacht damit gerechnet, daß nicht einmal die im Reichstag beschlossenen 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide geliefert werden, sondern höchstensfalls 1 1/2 Millionen Tonnen. Unfreiwillig ist, daß große Mengen Brotgetreide zu Futterzwecken ihres Vieh und zu anderen Zwecken, wie Schnapsbrennen und dergl., verwendet werden. Die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung hat weder den Willen noch die Macht, die rechte Getreidemenge an Brotgetreides in den großbetrieblichen Betrieben und Großgrundbesitzern durchzuführen. Die Macht fehlt ihr, weil sie sich fürchtet, sich auf die Arbeitermassen zu stützen. Das zeigte sich klar und deutlich, als die kommunistische Reichstagsaktion bei Beratung des Getreideumlagegesetzes am 28. Juni d. J. der Antrag gestellt, die landwirtschaftlichen Getreidebauern vom Dönmücker der Kontrolle über die jeweils abzurufen Menge, über die Qualität der Lieferung und die Einhaltung der Fristen zu betrauen und außerdem den Antrag auf Festsetzung einer Umlage von 4 1/2 Millionen Tonnen, unter Verteilung der Kleinbauern von der Ablieferung des Getreides, nicht mandieren, sondern für den Export freier einzeln, der sozialdemokraten gegen diese Anträge. Die Folge der Ausschaltung der Arbeiterorgane ist, daß die Sabotage der Agrarorganisationen heute erfolgt ist. Die nach Samierung der Staatsfinanzen und nach Stabilisierung der Warte so laut schreien den sozialdemokraten sind es, die mitgehoben haben, daß Deutschland in diesem Kriegsjahre 3 Millionen Tonnen Brotgetreide einzuhalten genugsam ist, um das Minimum an Getreide zur Brotverfertigung sicherzustellen, 3 Millionen Tonnen Auslandsgetreide kosten nach dem jetzigen Stand der Preise nicht weniger als rund 1000 Milliarden Mark.

Die Folge dieser Politik ist eine wahrnehmbare Verteuerung des Brotgetreides und außerdem die Verfallung des Staatshaushaltes bzw. der neuerfindenden, arbeitenden Bevölkerung. Das Lebensinteresse aller Werktätigen erfordert einen energiegelbten Kampf als bisher um die Erhaltung sämtlicher Agrarprodukte bei den großen landwirtschaftlichen Betrieben. Frühere voranzugehen haben die Kontrollauschüsse in Stadt und Land.

## Ein 3-Pfund-Brot 1000 Mark

Die fiddentischen Müller haben den Preis für einen Doppelkettner Brot auf 1000 Mark erhöht. Die fiddentischen Müller, die ungenügend im Großhandel 254 Mark. Im Frieden war ein Pfund Weizenbrot etwa 30 Prozent teurer als Weizenmehl. Rechnet man mit demselben Verhältnis, dann würde ein dreipfündiges Weizenbrot jetzt 1000 Mark kosten müssen.

Da die Sozialdemokraten nun mit Stimmes in einer Koalition sind, wird man auch die Preise stabilisieren. Die Köhne bitten natürlich nicht mehr steigen; ein für die Unternehmer berechtigendes Verhältnis zwischen Lohnkosten und Preisen ist dann festgelegt.

## 200 Lehrer und Lehrerinnen entlassen

Der Magistrat von Berlin hat beschlossen, vom 1. Januar 1922 200 Lehrer und Lehrerinnen zu entlassen. Die Entlassung soll wieder auf Kosten der Arbeiter. Die Kinder der Arbeiter sollen in den einzelnen Klassen zusammengepackt werden.

## Trennung von Kirche und Staat in Sachsen?

Der sächsische Ministerpräsident Sud, der gestern in München in einer Veranlassung des Republikanischen Reichsbundes sprach, teilte dabei mit, daß Sachsen demnach auf Grund des Artikels 12 der Verfassung mit der Trennung von Kirche und Staat sich abzugeben, und mit der Errichtung der Staatsschule vorbildlich in Deutschland würden werden.

Zum "Schutz" der Republik wurde die in Leipzig erscheinende antisemitische Zeitschrift "Der Hammer" verboten. Diese Zeitschrift verbreitet jüdischen ungesüßte Lügen.

Ein neuer Weingarten in Ungarn. In Sofia wurde der Vertreter der kommunistischen Kreise in ein neues Hinterland erschaffen. Die Täter sind wieder in den Reihen der Weingartenoffiziere zu suchen.

In Sardinien kam es zwischen den Autonomen und Polizeitruppen zu einem Zusammenstoß. Die autonomistische Bewegung treibt eine Loslösung der Insel vom sardischen Staat an.

Drohlich und Ausweigerung verlangen. Dafür verweigert er, was selbst der "Lokal-Anzeiger" berichtet, daß die sozialdemokratische Parteileitung in Köln und der Ortsausschuß des DGB von der Regierung die strengsten Maßnahmen gegen Wucher verlangt haben, da sonst die Wahlen sich selbst helfen würden.

All das ist kein Zufall. Die sozialdemokratische Minister der Stinnes-Koalition muß die Waffen der Säule gegen das Ministerial führen, er muß Wucher und Unternehmertum gegen die Arbeiterkräfte schlagen, wenn er Minister bleiben will.

Die Lehre für die Arbeiter hieraus ist klar: radikale, rücksichtslose Zurückweisung aller Propagationen der Droge und der sozialdemokratischen Minister, die nur auf einen Anlaß zur Kommunistenbegehung warten. Zugleich aber ebenfalls ruhiges und leidenschaftliches Fortschreiten auf dem betretenen Wege der Selbsthilfe durch die Sammlung der Arbeiterkräfte in den Kontrollauschüssen und den Betriebsräten.

Ein mächtiger Reichsbetriebsrätekonferenz, der den Willen der Arbeiter zum Kampf ausdrückt, der die Interessen der beiden Klassen gegen die außen- und innenpolitische Einverleibung Deutschlands klar und eindeutig ausspricht. In die beste Antwort auf den Sieg der Stinnes-Koalition, die feige Umwertung der SPD, unter das Diktat der Schmeiderbühne.

## Die reine Stinnesdiktatur

113. Berlin, 14. November.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion heute abend mitgeteilt hatte, daß sie in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht einverstanden sei, hat die Reichspartei heute abend die Reichspräsidenten keine Demissionen eingereicht. Der Reichspräsident hat dann in den letzten Abendstunden dem Reichspräsidenten die Demission des Kabinetts mitgeteilt. Dieser hat sie angenommen.

Der "Völkischen Zeitung" zufolge erklärte in der gestrigen Zusammenkunft der in der Arbeitergemeinschaft vertretenen Parteien der Reichspräsident nochmals, daß die zur Arbeitergemeinschaft gehörenden Parteien der Regierungskoalition, das Zentrum und die Demokraten, sich einmütig für die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ausgesprochen hätten, daß er selbst sich dieser Forderung anschließen und daß die gegenwärtige Regierung die Reichspartei nicht weiterführen könne, wenn die Sozialdemokraten auf ihrer Ablehnung eines Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei beharren. In diesem Falle werde in 24 Stunden eine Regierung aus den Parteien der Arbeitergemeinschaft gebildet werden müssen. Der Kanzler erklärte schließlich die Sozialdemokraten, mit Ja oder Nein auf die Forderung der Reichspartei zu antworten, ob sie die Regierung der Regierungskoalition durch die Deutsche Volkspartei unterstützen oder nicht. Die Antwort war der Befehl der sozialdemokratischen Fraktion, der, wie die "N. Z." hört, mit 150 gegen 20 Stimmen gefaßt worden ist. In der darauffolgenden Kabinettsitzung wurde dann der Reichspräsident die Regierung beschloß.

In einer Erklärung, die der Reichspräsident am Dienstagabend Journalisten gegenüber abgab, sagte er über die Vorgänge der Demission, die bürgerliche Arbeitergemeinschaft habe ihn darauf hingewiesen, daß besonders die letzte Note an die Reparationskommission und die sich daraus ergebende Politik eine Einigung durch eine breite Koalition der Regierung erforderten. Die Deutsche Volkspartei habe die nach dem Reichspräsidenten die Reichspartei gebildet und die bürgerlichen Parteien hätten darin die Rolle gespielt, das Zusammenbrechen der Großen Koalition. Besonders das Zentrum sei an ihm betretenen mit der Förderung, dieses Zusammenarbeitens in eine wirtschaftliche Gemeinschaft umzuwandeln. Dieser Satz lautet: "Ich entnehme aus dem Reichspräsidenten nach dem Großen Koalition gefaßt."

Der "Lokal-Anzeiger" reht die Ursache der diesmaligen Regierungskrise in dem Verlangen der Centre, daß endlich "etwas in Deutschland geschehen" solle.

Der "Vorwärts" erklärt, daß eine Regierung, die sich aus den Parteien der bürgerlichen Arbeitergemeinschaft bilde, nicht auf ein Weiterbestehen der Sozialdemokratischen Fraktion rechnen könne. Unter Hinweis darauf, daß die sozialdemokratische Partei die beiden letzten Wahlen der Reichsregierung an die Rechte abgab und daß sie den bringen den Wunsch hat, die eingeschlossene Linie der auswertenden Politik weiter zu verfolgen, schreibt das Blatt: "Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, sich in der Sozialdemokratie zu antworten, ob sie die Regierung reiner politischer Kontrolle ausüben will, oder den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes gerecht wird."

Damit haben die bürgerlichen Parteien ihr nächstes Ziel, die reine Stinnesdiktatur, erreicht. Ihr Zweck ist die Abschaffung des Lohnkämpfers und die verdrängte noch rücksichtslosere Ausbeutung der arbeitenden Massen. Die Sozialdemokraten, die die Arbeiter zum Kampf aufrufen, um die große Koalition zu verbrennen, spielen nunmehr ein Theater, denn ihr Beschluß, nicht in die Große Koalition einzutreten, ist insofern nur eine taktische Komödie. Die sozialdemokratischen Führer wollen in der Frage der Regierung das Ansehen ihrer Partei wahren und die Massen täuschen.

Aus der Erklärung des "Vorwärts", daß die Sozialdemokratie nicht die Arbeit habe, hat in der Sammelzeitung zu demselben, sondern bereit ist, an der Führung einer "politischen Politik" mitzuwirken, ist zu schließen, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denkt, in ihrer Opposition zur Regierung zu treten und die Politik der großen Koalition entgegen zu bestimmen. Die Sozialdemokraten werden durch die Leitung dieser arbeitervindlichen Politik zukünftig annehmender werden, um die Arbeiter zu regieren. Die Arbeiterklasse bleibt es wiederum vorbehalten, durch Stärkung ihrer eigenen Organisationen, wie der Betriebsrätekonferenz ein Bild zu zeichnen, den Kampf gegenwärtig gegen die Stinnesdiktatur und nicht zu ruhen, bis eine Arbeiterregierung an die Stelle der Koalition mit dem Bürgertum getreten ist.

## Neue Hungerkrawalle

### Teuerungsnachrichten im Siegerland

(Telegramm der "N. Z.")

St. Siegen, 14. November.

In Dillenburg und dem benachbarten Herborn fanden größere Hungerkrawalle statt. Die Hungerkrawalle wurden durch größere Hungerkrawalle, an denen sich neben zahlreichen Jugendlichen auch viele Erwachsene beteiligten. Zur Wiederherstellung der Ordnung mußte eine größere Abteilung der Schupojäger aus Siegen herbeigeführt werden. Der in den Geschäften einzuendeenden Schaden ist sehr bedeutend. Hier vielen Stellen wurde die Schupojäger angegriffen. Auch in Gladbach veranlaßte die Hungerkrawalle wegen der Teuerung, dort veranlaßte die Demonstranten die in den landwirtschaftlichen Lagerhäusern befindlichen Lebensmittelvorräte, die dann unter Aufsicht der Landjuden nach einem benachbarten Hause geschafft und zu einem feilgelegten Preise verkauft wurden.

## Regeln statt Brot an Köln

(Eigener Bericht)

Köln, 14. November.

Gestern abend sollte eine Veranlassung der Kontrolle von den Kontrollauschüssen stattfinden. Die Veranlassung wurde verworfen. Da aber keine Veranlassung mehr erfolgen konnte, waren große Menschenmassen erschienen. Auch hier zog die Polizei blank und schloß in die Menge. Es gab Tote und Verwundete. Eine genaue Uebersicht ist noch nicht möglich. Das Kölner Ministerium ließ Gewehr bei Fuß.





## Halle und Saalkreis

Dalle, den 15. November 1922

### Die Metallarbeiter wählen am Freitag zum Reichsbetriebsrätekongress

Kollegen! Ihr selbst wie alle Proletarier dieser Welt. Ihr müßt Euch an dem Abwehrkampf gegen die Zwangung beteiligen. Am Freitag, dem 17. November, nach Arbeitslohn bis abends 8 Uhr, finden die Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongress statt.

Die Wahllokale werden in morgiger Nummer bekanntgegeben. Stimmgeld ist im Betrag zu haben. In Frage kommen alle Arbeiter und Angehörigen der Metallindustrie.

Kollegen, bringt Euren Willen zum Ausdruck durch Beteiligung an der Wahl, daß Ihr gewillt seid, gegen die Zwangung anzukämpfen. Keiner darf fehlen!

### Jungarbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge!

Die Zwangung fordert neue Opfer. Der zusammenwachsende Kapitalismus zieht immer weitere Kreise um in den Abgrund hinein. Und besonders die Jugend hat unter diesen Verhältnissen schwer zu leiden. Sie hat heute zu der Erkenntnis gekommen, daß sie sich wehren muß, wenn sie nicht vollends zugrunde gehen will. Die vorbereitende Konferenz der Ortsausschüsse der jugendlichen Arbeiter, die am Sonntag in Halle lagte, hat Euch zu einer Verpflichtung ertüchtigt am Freitag, dem 17. November, nach Halle. Wo dahin arbeitet in allen Dingen, rüft Betriebsrätekongress ein, perspektivisch umgebungen der arbeitenden Jugend gegen die weitere Verflechtung der Jungproletarier.

Wahlfürsorge macht auf! Schart Euch zusammen, endet mit Eurer Vertreter zur Bezirkskonferenz und laßt diese Tagung zu einem Tag des Kampfes der proletarischen Jugend werden.

### Vollversammlung der Betriebsräte

Am Dienstagabend fand im Restaurationsaal des „Vollspars“ eine Vollversammlung der Betriebsräte statt, die sich in der Hauptsache mit der Tätigkeit des hiesigen Kontrollausschusses beschäftigte. Kollege Freyberg leitete den Eintritt in die Tagesordnung die Konstituierung des Vollrats bekannt und führte hierüber aus, daß der neue Vollrat erst am Dienstag gewählt habe, die für die Durchführung der Beschlüsse der Vollversammlungen der Betriebsräte Sorge zu tragen haben, so daß in Zukunft eine Sabotage durch Gewerkschaftsleiter unmöglich sei. Dann gab er der Versammlung Kenntnis von einem jüngeren Proletarier, der an der Spitze des VOB, das in letzter Minute den mitteldeutschen Betriebsrätekongress habe verhindern wollen. Berking und Wielepp seien angefordert worden, die Gründe ihrer Sabotageerfordere mitzuteilen. Wielepp habe keine Antwort geben können; Berking wolle eine schriftliche Antwort stellen. Bis her aber jetz die Antwort noch nicht eingetroffen. Man könne gespannt sein, welche Gründe anzuführen werde. Hierunter schloß Kollege Freyberg mit dem Antrag, die Tätigkeit des hiesigen Kontrollausschusses. Er zeigte an einer Reihe von Beispielen wie notwendig eine Kontrolle durch Organe der Arbeiterschaft ist, sowohl auf dem Gebiete des Lebensmittelwandern wie auch auf dem des Wohnungsweins um. Er betonte zum Schluß, daß zwar der Kontrollauschluß bisher von den Behörden noch nicht anerkannt worden ist, er werde sich aber durch seine Tätigkeit und auch den Druck der Arbeiterschaft, die sich in letzter Minute erzwungen, so daß es dann nicht mehr möglich sein werde, daß Privatkaufleute oder beherrschende Stellen ihm die Tür weisen könnten.

In einer mehrstündigen Aussprache wurden viele praktische Vorschläge für eine erfolgreiche Tätigkeit des Kontrollausschusses gemacht. Es wurde verlangt, daß mit allen proletarischen Organisationen, dem Arbeiterverein, den Sozialistinnen, den Ortsgruppen der Arbeitervereine, den Gewerkschaften usw. sofort die Verbindung aufgenommen werden soll. In ausführlicher Weise debattierte man auch über die Frage, ob der Kampf um die Anerkennung als die wichtigste Aufgabe zu betrachten ist. Die Meinungen darüber waren geteilt. Einige Kollegen waren der Auffassung, daß zunächst der Kontrollauschluß anerkannt werden muß und forderten, daß noch einmal ein Antrag an die Behörden zur Anerkennung gemacht werden. Wielepp erklärte, daß er die Anerkennung durch einen Streik erzwungen werden. Andere wieder waren der Meinung, daß die Anerkennung nicht das wichtigste ist. Die Anerkennung werde dann und von selbst kommen wenn der Druck der Massen genügend stark sei. Die Anerkennung ließe nicht am Anfang dieser Bewegung, sondern sie werde in den Kämpfen gegen Zwangung und Abwehr gegen die Zwangung, in dem Kampf um die Wahlen der Produktion gegeben werden. Bei der Abstimmung über die Anerkennung des Kontrollausschusses durch die Behörden, die Haltung des VOB, zum Reichsbetriebsrätekongress zu verteidigen. Er ist der Meinung, daß die Wahlen der Auforderungen des VOB, in einem Kampfe gegen die weitere Verflechtung nicht folgen würden, so daß behauptet ein Kampf bald zusammenbrechen werde. Die folgenden Reden der zählten mit Wielepp schloß ab und wies darauf hin, daß bisher die Wahlen noch jedem Fall gelöst wären. Das Verhalten der Arbeiter zum VOB, allerdings schwindet immer mehr und würden die Betriebsräte nicht sein, die die Arbeiter immer wieder aufforderten, in den Gewerkschaften zu bleiben, so würde der VOB heute mit seinen Angehörigen allein dastehen.

Ein Antrag, den Kontrollauschluß durch drei Mitglieder der VOB, zu ernennen, wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag, überall dort, wo noch keine Betriebskontrollauschüsse bestehen, die Wahlen noch im Laufe dieser Woche vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde folgender Antrag:

„Die am 14. November tagende Vollversammlung der Betriebsräte der freigeorgeschäftlichen Betriebsrätekongress Halle richtet die dringendste Aufforderung an die Vertreter der Arbeiterschaft im Stadiparlament, auf den Magistrat einzuwirken, der immer mehr und mehr zutage tretenden Verleumdung der arbeitenden Bevölkerung ein energisches Galt entgegenzusetzen. Die bestehenden Preisprüfungsstellen, Kuberg- und Wohnungsämter haben in ihrer Tätigkeit versagt. Aus diesem Grunde fordert die Vollversammlung die am 15. November in Halle tagende Konferenz der Vertreter der Arbeiterschaft gebildeten Kontrollauschüsse.“

Nachdem die Versammlung die Beschlüsse des mitteldeutschen Betriebsrätekongresses einstimmig gebilligt hat, fand eine längere Aussprache über die vom Bezirksrat des VOB, in den nächsten Wochen einzuuberndem Kreisoffenlegen statt. Die Anträge, daß die Kreisoffenlegen nicht stattfinden sollten, wurden schließlich mit starker Mehrheit abgelehnt und beschlossen, die Kreisoffenlegen zu befehlen.

### Beschluß den Reichsbetriebsrätekongress!

Kasschneiden! Aufzumachen!

„Nimmer granziger wird die Not der deutschen Arbeiterklasse. Jeder Wähler für die Preisbildung der Lebensmittel ist verloren gegangen. Die Löhne bleiben immer hinter den Lebensnotwendigkeiten zurück.“

Und je größer das Elend der Arbeiter, desto größer die Gewinnlöhne, die Gewerkschaften, je mehr die wirtschaftlichen Organisationen freier und aggressiver werden die Industriebarone und Vertriebsleute. Stimmes entart, daß die deutsche Industrie zwar nicht an eine Marktlieferung denkt, aber auf der Einführung des 10-Stundentages

besteht. Die Sozialdemokratie weicht auf diese Drohung nichts zu erwidern, als daß sie mit Stimmes in keine Konflikt eingehen werde.

Mit der wirtschaftlichen Reaktion wächst die Angriffskraft der deutschen Kapitalisten. In Bayern wird vor den Augen der Regierung ein Staatstreich nach italienischer Methode vorbereitet. Die Regierung schlägt die Augen nach rührt sich nicht.

In dieser Situation schwerer wirtschaftlicher und politischer Gefahren tritt der Reichsbetriebsrätekongress zusammen.

Er will dem deutschen Proletariat den Weg zeigen, der aus dem Elend und den Gefahren der menschenwürdigen Reaktion herausführt. Der Reichsbetriebsrätekongress ist die einzige Hoffnung der deutschen Arbeiterschaft. In diesen Tagen finden die

### Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongress statt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Gewerkschaften! Sozialisten und Hausfrauen! Keiner von Euch, aus dem nicht der letzte Funke von Hoffnung und Mut zum Kampfe gegen die Verleumdung gemeldet ist, veräume es, seine Stimme für die Wahl der Delegierten abzugeben.

Organisiert den Kampf gegen Hungerelend und Reaktion!

Wählt Vertreter zum Reichsbetriebsrätekongress! Der Kennenauswahl der Betriebsräte Mitteldeutschlands. Fritz Müller.

### Wie finden die Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongress statt?

Es finden Umwahlen zum Reichsbetriebsrätekongress statt. Sie finden geheim und erfolgen durch Stimmzettel nach dem Verhältniswahlrecht.

### WSPD-Schwindelerei

Die vereinigten Arbeiter sind nie in Verlegenheit. Wenn ihnen der Boden durch die Verhöhrung der proletarischen Interessen unter den Füßen weggezogen wird, so ziehen sie sich zurück. Die Arbeiterschaft bedarf zu verstehen, daß sie mit „Enttäuschungen“ und mit ganz gemeinen und schäblichen Methoden gegen die Kommunisten heranzutreten. Unter der Überschrift: „Die deutschen Arbeiter sind gläubiger“ druckt der hiesige „Vorwärts“-Blätter einen Artikel ab, in dem den Lesern folgendes erzählt wird:

„Der Staat gestattete uns ein Kredit in den Rechnungsbüchern der Reichsbank für den Monat August 23.750.000 Mk.; Juli: 20.000.000 Mk.; für den Monat September 20.250.000 Mk.; für den Monat Oktober 47.000.000 Mk.“

Diese Notiz lautet jetzt durch die gesamte deutsche Presse, um die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von den neuen Aufgaben der Partei abzuwenden. Die „Enttäuschungen“ und die schmutzigen Anwürfe der WSPD-Presse bereits Stellung genommen und alles als gemeines Schwindelerei bezeichnet. Sie schreiben: „Wir halten es für keinen „Zustand“, daß der „Vorwärts“ einen „Rechnungsbuch“ der Zentrale der SPD in den Händen hat. Denn er hat doch eigene zu solchen Zwecken den aus der Kommunistischen Partei herangezogenen „Friedrich“ als „Präsidenten“ in die Redaktion aufgenommen. Und letztem Friedrich den „Moskauer Stipendiat“ mehr ist, sondern Stipendiat des „Vorwärts“, muß er doch für das Geld, das er vom „Vorwärts“ bekommt, etwas leisten. Und vorzeitig für der modernen „Rechnungsbücher“ der Zentrale der SPD in Berlin.“

Und wenn es an dem wäre, wenn die SPD diese Summen aus der Reichsbank erhalten hätte, so hätten wir mit uns wohl auch der größte Teil der Arbeiter das für nicht so verheerlich, als wenn eine proletarische Partei, die vorgibt, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, Gelder von Kapitalisten annimmt, um die Interessen der Kapitalisten wahrzunehmen. Die Sozialdemokratie hat das getan. Wir erinnern nur an die Zusammenkünfte aus der „Zentrale für Heimatschutz“, an die Zuschüsse von Bankleuten und Industriellen in den Revolutionsjahren zur Bekämpfung der Revolution, und nicht zuletzt auch an die finanziellen Unterstellungen von mitteldeutschen Industriellen an das hiesige „Jahrbuch der Arbeiterbewegung“, nach demselben worden sind. Die Stimmenspendanten haben eine sehr schmutzige Wäsche an und lassen lieber von Zusammenkünften und Zuschüssen an die SPD, schweigen.

In einem anderen Artikel verwendet einer der Schmierfinken im „Vollspars“ seine ganze Kenntnis in Schmierworten gegen die Kommunisten. Dabei wird die Wahrheit nicht gesagt, sondern die Wahrheit ist die beiden jammereuten Kreiskomitee und Sammelstellen aus der Profille gebildet haben, weil sie nichts zum Reichsbetriebsrätekongress geschildert haben. Ein Mitarbeiter haben die 13 Bauarbeiter auf einer anderen Baustelle Arbeit angenommen und Kreiskomitee und Sammelstellen freiwillig aufgeführt. „Vollspars“ aber macht aus diesen beiden „sozialistische Märtyrer“, die durch „kommunistischen Geisteszwang“ aus ihrem Brot vertrieben worden sind.

• Der Vortragsabend des Bezirks-Bildungsausschusses beginnt heute abend pünktlich um 7 Uhr. Genosse Drexler spricht über die Parteil. Kommune. Keiner darf diesen Vortrag veräumen.

• Eine Sitzung der Betriebskontrollkommission findet am heutigen Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Proletarier-Gesellschaft statt. Betriebsräte, in denen noch kein Kontrollauschluß besteht, müssen einen Vertreter entsenden.

• Betrifft die der Holzindustrie. Donnerstag, nach Arbeitslohn Wahlmaterial für den Reichsbetriebsräte-Kongress im Gewerkschaftsbureau in Empfang nehmen. Urwahl findet in den Betrieben statt. Wahleregebnisse sind Freitag abend im Bureau abzugeben.

### In den Betrieben ansetzen!

Wahlberechtigt ist jeder Arbeitnehmer, ganz gleich welche Geschichtliche, Alters, Gewerkschafts- oder Parteizugehörigkeit. Wähler ist jeder Betriebsrat. Wo sich noch keine Betriebsräte weigern, müssen andere geeignete in Arbeit stehende Kollegen gewählt werden.

In Großbetrieben, mit 2000 bis 5000 Beschäftigten, werden in einer Wahlenliste, oder Vertrauensmännervermittlung die Kandidaten aufgestellt. Auf jede weitere angelegenen 5000 Beschäftigte kommt ein Delegierter mehr.

Als Wahlortortort ist der Betriebsrat oder eine zu wählende Kommission anzusetzen. Die Wahl findet an einem zu bestimmenden Tage, zur festgesetzten Zeit im Betrieb selbst oder in einem in der Nähe befindlichen Lokal statt. Wird in Schichten gearbeitet, muß die Wahlzeit so gelegt werden, daß alle Beschäftigten sich daran beteiligen können. Gewünscht sind auch über drei Wahlortortorte und dementsprechende Wahlräume vorzusehen.

Bei Klein- und Mittelbetrieben müssen innerhalb eines Ortsauswahlbereiches oder Ortes die Betriebsräte der einzelnen Industriezweigen (Chemie, Metall, Bergbau usw.) zusammenzutreten und die Aufstellung der Kandidaten vornehmen. Die Anzahl der Kandidaten richtet sich nach der Zahl der Beschäftigten, die noch nicht gewählten Betriebsräte in der betreffenden Industriezweige für den gesamten Wahlbereich ist ein Vertrauenskomitee zu bilden, das für die einzelnen Wahllokale Wahlmaterialien einstellt.

Die Anzahl der Wahllokale richtet sich nach Größe des Wahlbereiches. Verlangen die Gewerkschaften, so muß der fehlende Kontrollauschluß oder ein oder andere Betriebsräte die Initiative zur Vorbereitung der Wahl ergreifen.

Gewerkschaften, Sozialisten, Hausfrauen kommen zusammen, wählen ebenfalls ein Wahlkomitee, stellen die Kandidaten auf und nehmen die Wahlen in Lokalen vor.

Bestimmungen der Wahl muß in der Presse, durch Aushang in Betrieben, sowie durch Hauszettel erfolgen.

Als Stimmzettel sind einfarbige Papierstücke zu benutzen, auf die vom Wähler selbst die zu wählenden Kandidaten geschrieben werden. Im Wahllokal ist eine Wahlkarte zu führen.

Die gewählten Delegierten sind mit einem Ausweis auf der Rückseite zu versehen, aus dem der Name des Delegierten, Anzahl der Stimmen, die er besitzt, und die Gewerkschaft, die er vertritt, hervorgeht und die Unterschriften des Wahlbereiches tragen muß.

Alle gewählten Delegierten sind sofort dem Vorsitzenden des Ausschusses der Betriebsräte für Mitteldeutschland, Kollegen Fritz Müller, Wittenberg, Kurfürstentrasse 15 L, zu melden.

Eine benötigte Stimmzettel sind rechtzeitig beim Kollegen Otto Schmidt, Halle, Jahrbuchstr. 1, zu beziehen. Derzeitlich sind auch Sammelstellen und Mittelsammler zu beziehen und alle Bedingungen innerhalb des Bezirks einzusehen.

Kollegen handelt! — Organisiert die Wahlen! — Schickt Delegierte!

• Eine öffentliche Versammlung findet am Donnerstag, dem 16. November abends 7 1/2 Uhr, in den „Trothaer Kneipen“, Trothaer Straße 2, statt. Ein Mitglied vom Reichsausschuss der Betriebsräte spricht über den Kampf gegen die Zwangung.

• Gewerkschaftsarbeit. Die nächste Sitzung des Gewerkschaftsausschusses findet am Freitag, dem 17. November, im „Vollspars“ statt.

• Proletarische Unterhaltungsstunden. Die Kinder aus dem Sieden, die am Sonntag im „Züringer Schloßchen“ waren, treffen sich am Freitag, dem 17. November, nachmittags pünktlich 3 Uhr, im kleinen Zimmer der Produktionsgenossenschaft vor proletarischer Unterhaltungsstunden. — Kräftig mit. Die für Kräftig heute, Freitag, dem 17. November, abends 7 1/2 Uhr, angestellte proletarische Unterhaltungsstunden findet bestimmt im „Golfhof“, „Auenberg“ statt.

— Für den K. B. (Kriegsplatz) kommen nach die Kinder aus Wörlitz, Oppin und Lannu hinzu. (Sonntags von 10 bis 12 Uhr, Goltzstraße 11, Weber.) T. o. h. erhält ein anderes Lokal.

• Verkehrsberatung auf der Straße Halle-Berlin. Auf Bahnhofsplatz am Dienstagabend gegen Abend die Lokomotive eines nach Halle zu fahrenden Güterzuges beim Durchfahren einer Weiche. Schaden entstand bei dem Unfall nicht, doch erlitt der Fernverkehr von Berlin über Halle nach Süddeutschland und umgekehrt erhebliche Verstopfungen, da die Güter in beiden Richtungen zwischen Pandoberg und Halle auf einem Gleis verbleiben mußten.

• Zusammenkunft. Gellern nachmittags sich in der Magdeburger Straße ein Personenabfahrtsamt mit einem Straßenbahnwagen zusammen, wobei erster erheblich beschädigt wurde. Personen wurden nicht verletzt.

• Hölberg-Wörmlitz. Einen Elternabend veranstaltete am Sonntag, dem 12. November, die Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Hölberg-Wörmlitz. Die Darbietungen liefen auf eine rege und bewusste Arbeit in der Ortsgruppe schließen. Die Vorbereitungen werden dazu beitragen, der Jugend neue Mitglieder zuzuführen.

### Sport

• Spielresultate vom Sonntag, dem 12. November:

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

### Sport

• Spiele für Sonntag, dem 19. November:

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

• Die große Ringkampfveranstaltung im „Vollspars“ am 20. November (Freitag) lennt, veranstaltet von 1. „Wissenschaftlichen“ von 1920. In das bedeutendste Publikum gelangt am Gebiete des Ringkampfes. Über 200 Ringer aus allen Teilen Deutschlands (Sachsen, Thüringen, West-, Ostpreußen, Schlesien usw.) haben sich angemeldet. Da eine beratende Konferenz am nächsten Sonntag nach Halle einberufen werden soll, werden die Ringer, die am nächsten Sonntag nach Halle einberufen werden sollen, am nächsten Sonntag nach Halle einberufen werden sollen.

### Sportsfreunde

• Bei nächster Bedarf von Druckmaschinen...

• Bei nächster Bedarf von Druckmaschinen...

• Bei nächster Bedarf von Druckmaschinen...

• Bei nächster Bedarf von Druckmaschinen...

• Bei nächster Bedarf von Druckmaschinen...

• Bei nächster Bedarf von Druckmaschinen...

• Bei nächster Bedarf von Druckmaschinen...

## Die Alerisei

Roman von Nikolai Leskov

Erstes Buch. Erstes Kapitel

Die Leute, deren Leben und Treiben die Erzählung schildern soll, sind die Bewohner der Domparrei von Starogorod. Der Pfropf Samoil Tuberosow, der Wirtzer Jacharia Benesow und der Diakon Achilla Desnign. Ihre Jugendjahre brachten auch ihre Kindheit fallen mit unbeschränkter Mühe der Arbeit, bis sie sich leben, wie unsere Geschichte sie zeigt, so muß er sich das Haupt der Starogoroder Geistlichkeit, der Pfropf Samoil Tuberosow, als Mann vorstellen, der die Schick bereits überschritten hat. Vater Tuberosow ist hochgewachsen und von stattlicher Redeschule, aber noch sehr züchtig und feindselig. Dasselbe gilt von seinen Geisteskräften; auf den ersten Blick erkennt man, daß er sich alle Blut des Herzens und alle Energie der Jugend bewahrt hat. Selten anfinden können Kopf ist mehr, reich, als die Bildung männlicher Schönheit zu bezeichnen. Tuberosows Haar ist dicht, wie die Wäpne eines gewaltigen Bienen, und weiß, wie die Locken des Jesus von Nazareth. Er trägt sich mütterlich als mächtiger Schöpfer über der hohen Seiten und fällt in drei großen Wellen nach rückwärts, ohne die Schultern zu erreichen. In dem langen zweifelhafte Bart des Pfropfes und in dem kleinen Schamhaar, der bei dem Bewußtsein mit dem Bart in eine unheimliche Mähe, und der noch ein paar schwarze Haare auf, wie dem Bart das Aussehen von schwarzem emittierten Silber geben. Die Brauen dagegen sind ganz schwarz. In zwei feilgehenden S-Schlingen vereinigen sie sich über dem Rücken seiner ziemlich großen und fleischigen Nase. Die Augen sind braun, groß, schön und klar. Sie haben es ein ganzes Menschenleben lang verändert, der Einzelne eines regen und starken Geistes zu sein. Vor dem Pfropf absehend, lag die von freudiger Begeisterung durchdrungene Achilla Desnign, in Tränen der Rührung zu weinen. Ein starker Mann wie aus Stroh geflochten, seine Haare waren ganz weiß, wie als wäre es ihm peinlich, die Erde abzuleben zu beschweren. Er ist klein, mager, schwächlich und fastfüßig. Zwei kleine Dämonen graugelber Haare flatterten nur noch über seine Ohren. An Stelle eines Barthes scheint dem Vater Jacharia am Kopf ein Stückchen Schwamm zu stehen. Er hat winzige Augenbrauen, die er immer in den Falten seines Lebens verdrängt. Seine Beine sind wie die eines Kindes, wie die eines Kindes, überaus leicht, der ganze Mann wie aus Stroh geflochten. Seine herausragenden, großen Augen sind außerordentlich, aber sie werden nur selten voll ausgeschlagen, immer suchen sie sich gleich ein Pfälzchen, wo sie sich vor unbefriedigten Blicken verbergen könnten. An Jahren ist Vater Jacharia etwas älter als Vater Tuberosow und nicht schwächer als dieser, aber auch er ist gleich dem Pfropf gewohnt, sich fremde zu kalten, und trotz aller Uebel und Gebrechen, den denen er sich ausgesetzt sieht, hat er ein lebhaftes Gemüt und eine große körperliche Beweglichkeit beherrscht.

Der dritte und letzte Vertreter der Starogoroder Domgeistlichkeit, die wir alle hier mitteilen für gut befinden, damit der Leser ein möglichst klares Bild von dem gewaltigen Achilla gewinne. Der Pfropf der Kirchenmusik, der Achilla Desnign aus dem Namen des Pfropfes, wegen der Weiblichkeit und mangelhafter Fortschritt, zugehörig zu ihm zu sagen: „Ach Du Pfropf der Kirchenmusik!“ Der Pfropf, der auf ein hervorragendes Bittgelübde hin den Achilla wieder in die Kloster-Rolle aufgenommen hatte, staunte jedesmal, wenn er den merkwürdigen Reden zu Gehör kam, und pflegte, vornehmlich über die Kleinigkeit, die Achilla zu ihm zu sagen: „Ach Du Pfropf der Kirchenmusik!“

Es ist nicht und so wenig, daß sich ein Knäuel zu nennen, hinterläßt, in dem Augen zum mindesten eine volle Labung Holz zu sein.

Der Pfropf des bildlichen Sängerklosters endlich, in den Achilla eingeschrieben wurde, nachdem er aus der Klosterstadt entsetzt und dem Namen zugehörig worden war, nannte ihn „unermüdetlich“.

„Lein Buch ist gut“, sagte der Pfropf, „er kommt wie eine Kanone, aber unermüdetlich bist Du bis zum äußersten, so daß ich angesichts dieser Unermüdetlichkeit gar nicht weiß, wie ich Dich würdig behandeln soll.“

Die vierte und gewöhnliche Charakteristik des Diakons Achilla kamme von dem Pfropf selbst, und zwar nach dessen Urteil an einem für die Achilla sehr bemerkenswerten Tage ausgeprochen, dem Tage nämlich, wo er Achilla, aus dem bildlichen Chor ausgeschloffen und als Diakon nach Starogorod geschickt wurde. Sie lautete: „Der Pfropf.“ Es wurde aber wohl angebracht sein, zu ergänzen, auf welche Weise der Pfropf Achilla zu diesem Namen kam.

Der Diakon Achilla war von Jugend auf ein sehr impulsive Mensch, der sich nicht nur in seinen Junglingsjahren immer wieder hineinsetzte, sondern auch in den Jahren des nachsten Alters. Trotz der „unermüdetlichkeit“ seines Kolos war Achilla im Sängerkor doch sehr gelächelt, weil er mit gleicher Begeisterung sich zu den höchsten Höhen emporzuschwingen und bis zur tiefsten Tiefe hinabsinken vermochte. Eins nur machte dem Pfropfen bei dem unermüdetlichen Schicksal immer wieder Zweifel — der über die Begeisterungsfähigkeit. So konnte er etwa bei der Gefahr sich nicht damit begnügen, das „Heilig ist der Herr unser Gott“ nur dreimal zu singen, sondern ließ sich oft fortsetzen, es ganz allein zum vierten Male anzustimmen; besonders aber konnte er den Wohlklang am Schluß des Gottesdienles nie zur rechten Zeit abbrechen. Doch in allen diesen Fällen, die schon bekannt waren und die man deshalb aus voraussehen konnte, wurden vornehmlich die antichristliche Richtung betroffen, einer der erwachsenen Sänger erhielt nämlich den Auftrag, den Achilla nicht nachhaken zu ziehen oder ihn im geeigneten Moment durch einen kräftigen Druck auf beide Schultern zusammenzudrücken zu lassen. Und eben nicht umsonst lag das Sprichwort, daß man sich nicht für jeden Augenblick vorsetzen könne. An einem der großen zwölf Feiertage hatte Achilla in der Kommunionstunde ein sehr schweres Kolo auf den Kopf, von Schmerzen gepeinigt zu singen.

Die Bezeichnung, die der Pfropf in der langen Chor beim Helmb, machte dem Achilla nicht wenig Sorgen; er war in großer Unruhe und dachte hin und her, wie er es anstellen sollte, sich nicht zu blamieren, sondern vor der Eminenz, die ein großer Liebhaber guten Kirchenganges war, und vor dem gelanten Gouvernementsadel, der an diesem Tage in der Kirche sein würde, in Ehren zu bestehen. Tag und Nacht ging er bald in seiner Stube, bald im Korridor oder im Hofe, bald im bildlichen Garten oder auf dem Weidenweg vor der Dörfer, bald in der verschleierten des Tonartens, „gepeinigt, gepeinigt, gepeinigt.“ So brach endlich der Tag seines Ruhmes an, wo er sein „gepeinigt“ in der gedrängt vollen Domkirche zu Gehör bringen sollte. Gott, wie groß und strahlend stand der gewaltige Achilla da, das Notenblatt in der

Hand. Die wohlbekannten Vorleser sind erledigt. Nun kommt das Bistho Achilla selbst seinen Nachbar mit dem Ellenbogen beiseite und zählt leise die Laute. Jetzt ist es so weit. Der Pfropf hebt die Hand mit der Stimmgabel. Achilla hat die ganze Welt und sich selbst vergessen, und in der wunderlichsten Weise, der Volume des Orgelgesangs vergleichbar, donnert er bald ganz schnell, bald ganz langsam gebührt: „Von Schmerzen gepeinigt, gepeinigt, ge-pe-i-n-i-g-t, ge-pe-i-n-i-g-t, gepeinigt.“ Mit Gemut hält man ihn zurück, sich in weiteren unvorhergesehenen Variationen zu ergeben, und Achill kommt ist heindel. Aber in dem „fortgerissenen“ Geiste Achillas war es noch nicht zu Ende. Während die Honoratioren der Stadt mit leisen Begrüßungen an den Bischof herantraten, um seinen Segen entgegenzunehmen, erlöste es vom Chor plötzlich wieder, wie ein Pochenstich vom Himmel: „Gepeinigt, ge-pe-i-n-i-g-t, ge-pe-i-n-i-g-t!“ Das fingt der in seiner Begeisterung ganz um den Verstand gebrachte Achilla. Man wußt ihn — er singt weiter. Man drückt ihn zu Boden, um ihn hinter den Rücken seiner Gesellen verschwinden zu lassen, er singt: „gepeinigt.“ Man läßt ihn endlich aus der Kirche hinaus, unentwegt singt er: „ge-pe-i-n-i-g-t!“

„Was ist Dir?“ fragen ihn mitleidige Leute voller Teilnahme. „Gepeinigt,“ singt er, sie verständnislos ansehend, und bleibt an der Tür der Kirche stehen, bis ihn endlich ein Strom frischer Luft von draußen erweicht. Pfropf Tuberosow und dem Vater Benesow kann Achilla Desnign als junger Mann gelten, aber auch er hat die Bierglocke schon hinter sich und seine tiefschwarzen Locken sind stark angegraut. Achilla ist von Riefenstark und ungeheurer Kraft, seine Bewegungen sind edig und schroff; sein Gesicht zeigt einen furchigen Tapfer und er behauptet, von feinsten reißigen Rollen abzukommen, von denen er auch in der Tat den Geschmack und die Tapferkeit und noch manches andere zu haben scheint.

(Fortsetzung folgt.)

## Gerhart Hauptmann 1914

Trotz dieses Jubiläums von 1914 verleiht Hauptmann 1922 in allen Ehren seinen 60. Geburtstag. Er hat sich wohlweislich nicht durchsagen lassen.

„Ich nicht durchsichert bin, kann der Feldzug nicht geraten! Komm, wir wollen sterben gehen in das Feld, wo Wölfe schlafen, wo die Donner-Blitzlichter schenken und ich tote häßliche Jungens. Lebe wohl, mein junges Weib, und Du Säugling in der Wiege!“ Denn ich bringe, mit trüben Gedanken, nicht dabeim bei Euch verliegen. Diesen Leib, den halt ich für Mühen und Gratanen: „Ich nicht durchsichert bin, kann der Feldzug nicht geraten!“

## Henri Barbusse an Sowjet-Rußland

Die „Humanität“ vom 6. d. M. veröffentlicht an der Spitze des Blattes folgende Erklärung des Genossen Henri Barbusse, des Dichters des „Feuer“ und der „Hölle“.

„Jedes Jahr, das seit dem November 1917 verstrichen ist, kennzeichnet, was man auch immer sagen und tun möge, immer deutlicher die russische Revolution. Sie lebt nicht nur immer kräftiger durch die Gewalt der Taten — die Revolution, die man jederzeit so sehr wegen ihrer angeblichen Freiheit verurteilt hat und die man auch so sehr wegen ihrer „Abhängigkeit“ verurteilt — sie vollendet ringum ihre Arbeit: sie bringt überall die eifigen und künstlichen Unterdrückungen zum Verschwinden und sie teilt ganz methodisch die Menschen in Revolutionäre und Konterrevolutionäre ein. Und es gibt keine vorübergehenden und lokalen Erscheinungen im internationalen Bewußtsein oder in der Organisation der Arbeiterbewegung, die das große Datum, das in Rußland verwirklicht wird, verbinden werden, rundum zur Wirklichkeit zu werden. Die russische Revolution wird die Welt umwälzen.“

Die Ausgeborenen der ganzen Welt mögen dieses Datum, das zum fünften Male wiederkehrt, feiern. Es ist das Datum des mühseligen und materuellen, aber glänzenden und unüberlegbaren Kampfes des Zeitalters des Proletariats.“

Henri Barbusse.

## Ein Buch über Eugen Levine

Die Kommunisten treiben keinen Persönlichkeitskult. Der Titel der kleinen Schrift, die der Verleger herausgegeben, scheint das zu widerlegen. Aber nur scheinbar. Denn Eugen Levine — das ist der Revolutionär, und kein Schicksal geht uns an, weil es ein Schicksal der Revolution ist. Denn Eugen Levine war da, wo die Revolution war, war immer gerade da, wo die Wollen einbringen in den Akt der Zeit.“ Und so ist die Schrift „Eugen Levine“ keine Monographie im bürgerlichen Sinne, sondern ein Stück der russischen und deutschen Revolution. „Dem Volke nützlich zu sein“, ist das Ziel, das der junge Levine sich stellt. Und das es damit nicht beim können Wurzeln bleibt, sehen wir Kapitel um Kapitel. Den Weg der Revolution geht Levine vom Jahre 1905 an, da ihn der revolutionäre Wunsch des Herabstürzes Proletariats nach Rußland rief. Wie dieser Weg der Revolution sein Lebensweg geworden und bis zum Schluß, bis in den Tod geföhren ist, erfahren wir in dem Levine-Buch des Genossen Paul Werner, das ein Gedenkbuch Levine's nicht nur, sondern ein Gedenkbuch der Revolution ist. Von besonderem Interesse für uns ist das Kapitel „Wäpner“, das schmachvolle Kapitel der deutschen Revolution, das Kapitel des Verrats, das die deutschen Sozialisten und Arbeiter, der in seinen Einzelheiten, in seinen Ursachen und Zusammenhängen, in keiner ganzen Schamloshheit noch kaum bekannt ist.

Die Schrift des Genossen Paul Werner liest sich wie eine erschütternde Tragödie. Es ist gut, und vielleicht gerade in diesem Augenblick von Bedeutung, den Proletariats ihr Schicksal wie in einem Spiegel zu zeigen und ihnen bezeugt zu machen, was ihnen geschah in diesen Jahren, was ihnen geschah mit jedem Werd- und Schandurteil der Reaktion. Was ihnen geschah mit jedem zum Tode Verurteilten und daß es an ihnen ist, die Antwort Levine's auf dieses Urteil zu verwirklichen: „Es lebe die Weltrevolution!“

G. C. R.

Druckfabrik Fernspräsident in 178 Ständen. Der drucklose Fernspräsident ist im Reide seit dem 1. September, als die drucklose Fabrik die Nachrichtenförderungsanstalt eröffnete. Es sind schon 178 Stände mit diesen Zeitschriften mit den nötigen Empfangsrichtungen versehen. Zunächst wird ein Wirklichkeitsdruckdienst betrieben. Eine Zentralstelle gibt über die Hauptstellen königlichen Wirklichkeitsnachrichten an Provinzialbeamten. Diese erhalten einen Empfangsapparat und das Recht zur Aufnahme der Nachrichten.

## Gerhart Hauptmann

Von Kaspar Heßel

Am 15. November feiert Gerhart Hauptmann seinen 60. Geburtstag. Während ihn das Kleinbürgertum zu einer Art nationalem Heroen machen will — einen wahrhaften Volkshelden — erheben ihn gewisse Leute gar zu einem Dichter des Proletariats. Es gibt keine sozialdemokratische Zeitung, die dem Beispiele des Reichspräsidenten und des Reichstagspräsidenten folgend nicht in fast unzulässiger Weise dem hochbegabten Dichter gehuldig hätte. Ein Dichter der Mittelklasse, ein Dichter der Armen, ein wahrhaft sozialer Dichter wird er genannt.

Da kommt zum Geburtstag des Dichters rechtzeitig ein Buch heraus, unerdorfliche Dichtungen, Aphorismen usw. Aus diesen Aphorismen seien hier einige angeführt, die klarer, wie es bei einer Analyse der großen Dichtungen des Jubilars möglich wäre, den Platz des Dichters innerhalb der heutigen Gesellschaft kennzeichnen. Die beiden Aphorismen lauten:

Man verkündet die Wüste, wenn man sagt, Politik sei eine Zu erstreben?  
Das Volk der Einzelnen.  
Der Staat der Individuen.  
Die Gesellschaft der Einkamen.  
Die Herrschaft der Zudenden.

Diese beiden Aphorismen charakterisieren den ganzen Gerhart Hauptmann. Sie offenbaren nicht in einem dem Sozialismus auch nur nahebedehenden Menschen, sondern den extremen Individualisten, die offenbaren nicht den Sozialen, sondern den absoluten Dichter. Diese beiden Aphorismen allein genügen, um Gerhart Hauptmann einzureihen in die Schicht der Entwurzelten, der Desorientierten. Er ist also fast alle Poeten seiner Zeit der Dichter einer Klasse, die nichts mehr Neues zu sagen hat. Er gehört letzten Endes in die letzte Reihe der Völen, Strindberg, Wedekind, Holcener, Sternheim, um nur einige Namen zu nennen. Es ist nur die rein zeitliche Diskurs, daran steht, wenn heute dem literarischen Kleinbürgertum die wichtigsten Vorzüge fehlen, die den Dichtern der Späteren abzuholen, noch kräftiger, neuer und deshalb interessanter sind. Nichtsdesto weniger die Probleme dieser Dichter trotzdem. Letzten Endes dreht sich das ganze Lebenswerk Gerhart Hauptmanns auch um solche Nichtigkeiten. Das heißt: da die Klasse, aus der er hervorgeht, keine Probleme mehr behält, weil sie ihre weltgeschichtliche Aufgabe theoretisch verstanden, schon gelöst hat, deshalb treten an die Stelle „allgemeinmenschlicher“, unantastbarer Probleme, die einzigen, die eine große Kunst ermöglichen, die Probleme des isolierten Individuums.

Es sei zugeben: Gerhart Hauptmann besitzt Vitalität, er hat noch warmes Blut und ist nicht bei der leeren Konstruktivität angefallen, dieser letzten Auflösung bürgerlicher Kunst, die man wie heute als etwas Revolutionäres anspricht. Aber wenn man die beiden Aphorismen des Proletariats nichts zu lesen hat. Das Proletariat kann bei Gerhart Hauptmann nichts finden, was es nicht längst überwunden hätte.

„Wer die Weber? Wer Hanneke? Was wenigstens Gerhart Hauptmann nicht einstens ein Dichter, der in der aufstrebenden Klasse, in der Klasse, die die Zukunft in sich trägt und auch in gewissermaßen normaler Form gelebt hat, hier liegt ein großes Mißverständnis vor, ein Mißverständnis, das auch Pola falsch platziert. Der Dichter einer Klasse, die nichts mehr zu sagen hat, der dieses Nichts erlebt und deshalb verurteilt, die Wäpnerfigur, die ihn mit der Klasse verbindet, abzuhängen, kann der Gesellschaft in mehr oder minder hohem Maße objektiv gegenüberstehen und auch die himmelstreichenden Verbrechen dieser Gesellschaft er leben und objektivieren. Er vermag auch die besten Erscheinungen der mehrgebildeteren Klasse zu objektivieren, da es ein Wirkliches darzustellen. Aber da ihn letzten Endes keine Unterscheidung mit dieser getreten und der Zukunft trübsamen Klasse verbindet, heißt er nicht die Fähigkeit, das Wesen dieser Klasse, das Unschöne, das das Eigentümliche dieser Klasse, ausmacht, weder zu begreifen, zu erleben, noch in der Wirklichkeit der Dichtung erleben zu lassen.“

Gerhart Hauptmann hat keine Feindseligkeit zur bürgerlichen Klasse, zu der er trotzdem gehört, am Beginn seiner Laufbahn durch manifestiert, daß er ihr einen Bruststich ihrer Verbrechen vorsticht. Er hat diese Feindseligkeit später an anderen Objekten gezeigt, wenn auch vielleicht diese Feindseligkeit mit der Zeit schwächer geworden ist. Aber eine Wäpner vom Proletariat, eine Wäpner gegenüber seinem Jugendwerk bedeutet das nicht. Denn mit dem Proletariat hat Gerhart Hauptmann nie etwas zu tun gehabt. Das Proletariat war ihm nur ein Buch mit feinen und feinen Gedanken verbunden, ihm mit der Klasse, die die Welt der Zukunft zu bauen im Begriffe ist.

Das Eigentümliche Gerhart Hauptmanns — und er ist diesem Sinne typisch, wenn auch nicht der Typische — bildet zu dem Eigentümlichen des proletarischen Wesens einen absoluten Gegensatz, stärker noch als der gewöhnliche Bourgeois, der in beschränkter Weise doch noch eine „Gemeinschaft“ als ein Lebensgefühl anerkannt (dieses Gemeinschaftsgefühl des Bürgertums war einst bei ihrem Wäpner stark genug, um einem ihrer Dichter, um Schiller das „leid unglücklichen, Millionen“ zu entlocken). In seinen oben angeführten Aphorismen erhält das klare Ausdrück. Das Problem bei Gerhart Hauptmann ist die absolute Vereinzelung — sei es der Person oder des Gedankens (deshalb keine „Objektivität“) — die Aufgabe des Proletariats ist die absolute Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit, wenn sie auch nie rein in der Erscheinung treten wird, nie kann. Deshalb ist Gerhart Hauptmanns Werk für das Proletariat wertlos und nichtig.

Eine letzte Wäpner. Die Memoiren Wilhelm's II. liegen seit Montag, den 30. Oktober, in drei verheißenen Zukunftsabenden vor. Die Menge der tatsächlich am Erscheinungstage ausgelieferten Bände zeigt wohl einzig in der Geschichte des Buchhandels, da eine Viertelmillion Exemplare, im am 27. Oktober 1922 hinausgegangen. Vier Papierfabriken stellten das 91 Zentimeter breite laufende Papier in einer Gesamtlänge her, die von Berlin bis Malaga reichen würde, vom Herten wurden circa 2600 Kilometer Zwirn gebraucht, das bedeutet eine Entfernung von Danzig bis Gibraltar, und an dem verwendeten Leinen zum Einband von 9 Kilometern Länge würde ein Fuhrmann 1 1/2 bis 2 Stunden lang laufen können. Fast eine halbe Million Drucker, zehn Millionen Buchbindungen waren seit Wochen mit der Herstellung des Werkes beschäftigt, die Wäpner begannen sich zu türmen. Wie alle Krisen, Preissteigerungen, Löhnerhöhungen und damit verbundene Arbeitsniederlagen, Wäpnerleistungen und Transportfragen überwinden werden, was die Wäpner mit der Wäpner begreifen, und was die Wäpner mit der Wäpner verarbeitete Wäpner als bester Handel sich die Fräghüter, die Wäpner, im Pakt des Verlages Röhler auf. Zwei Tage lang rollten zwölf Wäpnerwagen und Autos von befreundeten Firmen zum Volkshaus. Daß diese Schundliteratur in diesem Maße gefaßt wird, beweist den stetigen Tiefstand des deutschen Bürgertums. Für die letzten Wäpner erhielt Wilhelm 800 Millionen Autorenprämien.